

Windkraft-Lösungen vor Ort finden

Ministerpräsidentin Kraft lehnt pauschale Restriktionen ab

Kreis Paderborn (WV). Es wird in Nordrhein-Westfalen keine festen Mindestabstände für Windenergieanlagen zur Wohnbebauung geben. Das hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in einem Schreiben an den Runden Tisch »Paderborner Land 100 Prozent erneuerbar« bekräftigt.

»Wir sind uns in dem Gedanken einig, die durchaus auftretenden Probleme beim Ausbau der Windkraft nicht mit pauschalen Restriktionen zu lösen«, schreibt Hannelore Kraft und wirbt für differenzierte »Lösungen vor Ort«. Ein Regionalbündnis von Bürgerinitiativen hatte gefordert, für Nordrhein-Westfalen einen pauschalen Mindestabstand vom 15-fachen der Gesamthöhe einer Windenergieanlage festzuschreiben, was 2500 bis 3000 Meter entspricht.

Der Runde Tisch hatte diese Forderung in einem Schreiben an die Landesregierung als immissionschutzfachlich unbegründet kritisiert und darauf hingewiesen, dass die Energiewende in NRW bei solchen Abstandsforderungen zum Scheitern verurteilt wäre.

Beispielhaft verweist der Runde Tisch auf den Kreis Gütersloh. Dort könnten bereits bei einem Mindestabstand von 1000 Meter zur Wohnbebauung aufgrund der Streubesiedlung überhaupt keine größeren Windparks errichtet werden. Für die Windpotenzialstudie im Kreis Gütersloh sei daher ein Mindestabstand von 600 Meter zugrunde gelegt worden. Für eine Kommune wie Lichtenau können dagegen 1000 Meter angemessen sein, sofern noch substantieller Raum für die Windenergie

bleibt.

»Ich werbe dafür, die Vorteile der Lösung vor Ort nicht gering zu achten«, schreibt Ministerpräsidentin Kraft dem Regionalbündnis. Abstände zur Wohnbebauung könnten nach gültiger Rechtslage als »weiche Tabuzonen« auch über immissionschutzrechtliche Anforderungen hinaus festgelegt werden. Ein den örtlichen Gegebenheiten angemessener Interessenausgleich zwischen Anwohnern und Windenergienutzung sei möglich, glaubt die Ministerpräsidentin.



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

»Das Vorgehen der Landesregierung ist sachgerecht und wird den lokal unterschiedlichen Gegebenheiten gerecht«, ist der Runde Tisch mit der Antwort der NRW-Ministerpräsidentin zufrieden: »Vor Ort müssen differenzierte Lösungen gefunden werden.«